

15. Konzept für Fernunterricht

Postulat Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) vom 29. Juni 2020

KR-Nr. 242/2020, RRB-Nr. 1004/21. Oktober 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 21. Oktober 2020 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Zum Schluss, wahrscheinlich zum Schluss der Bildungsdebatte, kommen wir nun zum Dessert: Jetzt geht es um Bildung und Pädagogik von höchster gesellschaftlicher Brisanz.

Bei der Beantwortung des Postulats verweist der Regierungsrat auf das dringliche Postulat (*KR-Nr. 240/2020*) mit dem Titel «Schulen auf eine zweite Welle vorbereiten», welches am 7. September 2020 überwiesen wurde. Er will die in diesem Postulat weitergehenden und präzisierenden Fragestellungen in seiner Antwort zu jenem Postulat aufgreifen. Wir haben aber bewusst zwei Postulate eingereicht. Während es im dringlichen Postulat um Sofortmassnahmen ging – Sofortmassnahmen, weil ich schon im Sommer 2020 das Gefühl hatte, dass wir mit Covid (*Corona-Pandemie*) noch nicht abgeschlossen haben –, geht es in diesem Postulat um viel Grundsätzlicheres, um Chancen und Risiken von digitalem Unterricht. Der Unterricht in unseren Volksschulen – und es geht eben nicht nur um Fernunterricht, sondern auch um den digitalen Unterricht –, dieser Unterricht wird unaufhaltsam immer digitaler; Corona hat diese Entwicklung nur noch beschleunigt. Bei einzelnen Lehrmitteln kann man eigentlich auf das Buch verzichten. Der Unterricht wird von der Lehrperson über Computer und Grossbildschirm geführt. Übungen im Fremdsprachenunterricht werden am iPad gelöst. Wörter kaum mehr geschrieben, sondern digital mit Wegwischen gelernt. Hybrid-Unterricht: Kinder, die zu Hause bleiben müssen, werden per Teams (*Videomeeting-App*) zugeschaltet. Hybrid-Unterricht ist mindestens in meinem Schulzimmer zur Normalität geworden.

Da stellen sich grundsätzliche Fragen: Kann ein Aufsatz am Computer zu Hause geschrieben werden? Ist es sinnvoll, wenn jeder Primarschüler ein eigenes iPad hat? Ist die Chancengleichheit wegen der digitalen Aufrüstung gefährdet, weil es Gemeinden gibt, die sich alles leisten können, während es andere gibt, deren Budget nur eine minimale Ausstattung zulässt? Pädagogische Konzepte, Forschungsergebnisse und Vorgaben von übergeordneten Stellen sollen diskutiert werden. Es ist eine Frage von allgemeinem Interesse, wie weit digitaler Unterricht gehen soll. Daneben stellen sich auch organisatorische und budgetrelevante Fragen, zum Beispiel zum Datenschutz: Habe ich als Lehrperson uneingeschränkten Zugang zum iPad – zum iPad, das der Schule gehört –, zum iPad meiner 16-jährigen Schülerin? Oder Fragen zur Weiterbildung der Lehrpersonen oder Fragen

zur Grösse und Ausstattung von Klasse und Zimmer. Sieht der Unterricht der Zukunft vielleicht gar so aus: Input-Lektion vor 50 Schülerinnen und Schülern, nachher individuelles Arbeiten einzeln oder in Kleingruppen? Die Lösungen werden mir als Lehrer per Teams zugeschickt und der Lehrer oder die Lehrerin überwacht und steuert an ihrem Bildschirm, was ihre Schüler in den Lehnischen auf ihrem Computer so machen.

Mit unserem Postulat bitten wir den Regierungsrat, ein stufengerechtes Konzept zu erarbeiten, wie es an unseren Schulen mit dem digitalen Unterricht als Ergänzung zum physischen Unterricht weitergehen soll. Sicher wird da einiges gemacht, wird geforscht und evaluiert. Mit diesem Postulat wollen wir die Diskussion transparent und öffentlich machen. Es ist eine gesellschaftliche Frage von höchster Brisanz: Wohin soll der Weg führen bezüglich Digitalisierung im Unterricht an unseren Volksschulen?

Ich danke Ihnen für eine wuchtige Annahme dieses wichtigen Postulats.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Schule muss stattfinden, Corona hin oder her beziehungsweise zum Glück ade. Und nicht überall, wo «digital» draufsteht, ist digital drin. Wir erachten es wie die Postulanten als sinnvoll, ein Konzept für Fernunterricht zu erstellen, worin alle möglichen Alternativen aufgezeigt werden. Hier kann auch der Kanton Zürich zeigen, dass er mit Krisen umgehen kann und auf das digitale Zeitalter vorbereitet ist. Das heisst aber nicht, dass es umgesetzt werden muss, aber wenigstens hat man daran gedacht. Corona und anderes werden uns sicherlich in irgendeiner Form noch die nächsten zwei bis drei Jahre oder länger begleiten. Wir müssen lernen, damit zu leben. Ist das vielleicht nicht die bessere Vorgehensweise als Lockdowns?

Zum Punkt der Chancengleichheit – schon wieder –, der sicherlich von der mitunterzeichnenden SP-lerin kam, ohne diesen Begriff hätten Sie vielleicht nicht mal unterschrieben: Es könnte nämlich sein, dass die hochgelobte Chancengleichheit mit Digitalisierung für die sogenannten Benachteiligten ein Mehrwert werden kann. Nur im Hinblick auf die 10, eventuell sogar 15 Prozent funktionalen Analphabeten in der Schweiz wird unser Wunsch hingegen relativiert. Wir denken, dass damit erneut eine Studie erstellt werden muss, und das sind schon wieder unnötige Mehrkosten. Hier verstehen wir die Finanzkompetenz der zwei Parteien FDP und GLP nicht so recht, vielleicht haben sie einfach nicht daran gedacht.

Ein grosser Nachteil des Fernunterrichts ist, dass das Zwischenmenschliche verloren geht. Wir müssen und wollen die jungen Menschen abholen, und das geht nicht mit Fernunterricht beziehungsweise einem Konzept für Fernunterricht. Jedoch wird darauf kein Schwerpunkt gelegt, schade. Ein Konzept zu haben ist sicherlich nicht falsch. Die SVP wird der Überweisung des Postulates zustimmen. Besten Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Das Postulat beinhaltet ja folgende Forderung: Der Regierungsrat wird eingeladen, ein stufengerechtes Konzept zu erarbeiten, wie es an unseren Schulen mit Fernunterricht und mit digitalem Unterricht als Ergänzung zum physischen Unterricht weitergehen soll. Also Rochus, da sind

wir gar nicht so weit auseinander. Auch die SP findet den Grundsatz «Schule findet statt» enorm wichtig. Aber wir setzen uns auch dafür ein, dass möglichst eine Chancengerechtigkeit im Unterricht herrscht. Wir möchten nämlich mit diesem Postulat, das insbesondere aufgezeigt werden soll, wo und wann digitaler Unterricht in Zukunft angezeigt ist und wo aber auch diese Grenzen sind. Das ist sehr wichtig, also nicht nur die Möglichkeiten und Chancen, sondern eben auch die Grenzen. Wir sehen nämlich – ganz wichtig –, dass da folgende Fragen auch zu einem Konzept beantwortet werden müssen: Welche Qualitätsansprüche muss Fernunterricht aufweisen oder auch digitaler Unterricht aufweisen? Welche Weiterbildungen sind dann für die Lehrpersonen notwendig? Und inwiefern fliessen die während des Covid-19-Lockdowns gemachten Erfahrungen in den Lehrplan und in die Lehrmittel mit ein?

Es braucht also neben einem erarbeiteten Konzept Fernunterricht, das wirklich auf die Pandemie ausgerichtet ist oder war, jetzt eine längerfristige Lösung mit allfälligen innovativen Ansätzen für einen möglichen Einsatz von digitalem Unterricht, selbstverständlich nur als Ergänzung zum physischen Unterricht und unter Berücksichtigung aller wichtigen Punkte, wie Chancengerechtigkeit, aber auch wie individuelle Förderung und so weiter. Deshalb bitte ich um die Überweisung dieses Postulates. Danke.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Corona war eine leidige Erfahrung, aber Corona hat auch einiges in Gang gesetzt, hat als Inkubator gewirkt für gewisse Entwicklungen, die man lange, lange immer vor sich hingeschoben hat. Ein Beispiel ist die durchgängige Digitalisierung von Prozessen in der Volkswirtschaftsdirektion, in der Finanzdirektion. Da wurde rasch gezeigt, was möglich ist, was der Staat leisten kann, wenn es wirklich um die Wurst geht. Und auch die Bildungsdirektion hat geliefert. Ich verstehe deshalb nicht ganz, weshalb sie sich jetzt so wehrt. Sie hat nämlich ein Konzept für den Fernunterricht geliefert. Wenn Sie es nicht glauben, da sehen Sie es (*der Votant zeigt es auf seinem Laptop*). Und dieses Konzept Fernunterricht ist natürlich relativ stark coronaorientiert, aber grundsätzlich, denke ich, auf einer guten Flughöhe: nicht zu lang, nicht zu kurz, es spricht die wesentlichen Fragen an. In dem Sinn ist ein Teil des Auftrags ja bereits erfüllt. Jetzt haben aber meine Vorrednerinnen und Vorredner darauf hingewiesen, dass es natürlich nicht nur um Corona geht, sonst müssten wir jetzt hoffentlich auch nicht mehr darüber reden. Ich erinnere beispielhaft daran, dass bei den neuen Mittelschulen nicht mehr alle Klassen ein Klassenzimmer haben werden. Das nur so als Beispiel. Sie sehen also, in welche Richtung sich die Schule entwickeln kann, entwickeln wird. Das ist auch schon architektonisch angedacht und jetzt braucht es natürlich auch pädagogische Konzepte, damit man das umsetzen kann. Und deshalb verstehe ich es gleich nochmal nicht, weshalb sich die Bildungsdirektion hier wehrt. Im Moment scheint es so, als ob sie das Ganze sehr stark den Betroffenen, in diesem Fall den Mittelschulen, überlässt, wie sie dieses Problem lösen und welche Konzepte sie hier anwenden wollen. Das kann man experimentell so machen, aber letztendlich steht die Bildungsdirektion in der Verantwortung. Und wenn man das Gefühl hat, dass man jedes Lehrmittel bis ins Detail vorgeben

muss, dann müssten vielleicht auch die ganz grundlegenden Vorgaben zu Fernunterricht, zu digitalem Unterricht auch von der Bildungsdirektion kommen. Wir denken hier zum Beispiel an die Frage der organisatorischen Modelle, an die Fragen von Minimalstandards bezüglich des Stoffplans, in solchen Situationen vor allem dann an Minimalstandards und das Vorgehen bei Lernkontrollen – das ist nicht ganz einfach im digitalen Unterricht – und dann auch, wie einheitlich oder uneinheitlich, wie frei oder unfrei die Schulen bei digitalen Plattformen sein sollen. Bei den Lehrmitteln sollen sie ja nicht frei sein, jetzt ist die Frage: Gilt das auch für digitale Plattformen oder will man hier keine Monopole? Ich habe hier die Antwort nicht, aber das sind Fragen, die man sich stellen muss und denen sich die Bildungsdirektion stellen müssen. Ich denke, hier gibt es Arbeit, und deshalb ist die FDP weiterhin der Ansicht, dass dieses Postulat unterstützungswürdig ist. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Wir sprechen hier über die Weiterentwicklung des Unterrichts. Das ist eine Daueraufgabe und das machen wir nicht nur, wenn Sie ein Postulat an uns richten.

Hier geht es aber eigentlich um die Frage – und deshalb wollen wir es auch nicht entgegennehmen – nach dem «Doppelt gemoppelt». Denn mit dem dringlichen Postulat betreffend «Schulen auf eine zweite Welle vorbereiten» (KR-Nr. 240/2020), haben die Postulantinnen und Postulanten stufengerechte, pädagogische Konzepte und Vorgaben von übergeordneten Stellen für erneuten Fernunterricht verlangt und das wird ihnen (*mit der Postulatsantwort, Vorlage 5708*) auch geliefert. Somit ist dieses Postulat hier nicht nötig. Es wird genau die gleiche Antwort sein, wenn Sie jetzt nochmals ein Postulat überweisen. Dann gibt es halt einen zweiten Bericht. Wenn Sie das möchten, dann machen wir das. Ich möchte hier nicht sagen, wir hätten noch anderes zu tun, aber inhaltlich wird Ihnen wahrscheinlich das gleiche Produkt geliefert.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 123 : 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 242/2020 zu überweisen.

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.